

Der Handel bleibt

Die WM ist vorbei – die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika bleiben. Sie haben allerdings in der globalen Wirtschaftskrise einen starken Dämpfer erhalten. Die deutschen Exporte nach Südafrika verringerten sich 2009 um gut ein Fünftel auf 5,7 Milliarden Euro. Die Importe gingen sogar um mehr als ein Viertel auf 3,9 Milliarden Euro zurück. Das Land am Kap ist für Deutschland der siebtwichtigste Abnehmer von Waren und Dienstleistungen außerhalb Europas. Auch als Standort ist Südafrika für deutsche Investoren von Bedeutung: Etwa 600 deutsche

Firmen haben sich dort niedergelassen, die knapp 90.000 Arbeitnehmer beschäftigen – vor allem im Automobilsektor, in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Dies spiegelt sich auch in der deutsch-südafrikanischen Handelsstruktur wider. Die wichtigsten deutschen Ausfuhrüter waren zuletzt Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, gefolgt von Maschinen und chemischen Erzeugnissen. Zu den südafrikanischen Exportschlägern gehören neben Metallen und Erzen auch die von den deutschen Auslandstöchtern hergestellten Autos und Maschinen.


Südafrika: Reger Austausch mit Deutschland

So viel Prozent der Importe und Exporte Deutschlands aus/nach Südafrika entfielen 2009 auf folgende Güter

Importe		Exporte	
Metalle	20,2	Kraftwagen und Kraftwagenteile	29,4
Erze	14,9	Maschinen	19,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile	13,6	Chemische Erzeugnisse	9,6
Maschinen	12,3	Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse	9,6
Kohle	9,0	Elektrische Ausrüstungen	6,4
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	5,1	Metallerzeugnisse	3,2
Möbel	4,1	Gummi- und Kunststoffwaren	3,0
Chemische Erzeugnisse	3,1	Metalle	2,9
Getränke	1,9	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	2,4
Nahrungs- und Futtermittel	1,6	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	2,3
Sonstiges	14,3	Sonstiges	11,5
Gesamte Importe in Milliarden Euro	3,94	Gesamte Exporte in Milliarden Euro	5,66

© 2010 IW Medien · iwwd 28

Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

In dieser Woche

EU-Haushalt: Die EU-Kommission erwägt, unsolide wirtschaftenden Mitgliedsstaaten einen Teil der Fördermittel zu streichen. Für Griechenland, Irland, Portugal und Spanien könnte dies problematisch werden. Denn die vier Länder haben allein aus den beiden größten EU-Töpfen seit 1999 mehr als 250 Milliarden Euro erhalten. Seite 2

Preise & Kosten: Im ersten Halbjahr 2010 sind die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum lediglich um 0,9 Prozent gestiegen. Die Teuerung war vor allem auf Heizöl und Kraftstoffe zurückzuführen, deren Preise um 16 Prozent nach oben kletterten. Seite 3

Europäische Währungsunion: Im Zuge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise haben einige Ökonomen bereits das Aus für den Euro vorhergesagt. Dabei bringt die Gemeinschaftswährung mehr Vor- als Nachteile mit sich. Doch um ein zweites Griechenland-Debakel zu vermeiden, muss das Regelwerk der Eurozone strenger gefasst werden. Seite 4-5

Energetische Sanierung: Wer hierzulande sein Haus ökologisch aufrüstet, ist im Schnitt knapp 55 Jahre alt und Akademiker, hat fast 46.000 Euro in die Sanierung investiert und würde sich über eine steuerliche Modernisierungsförderung freuen. Dies zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und der KfW. Seite 6-7

Beteiligungskapital: Sogenannte Business Angels spielen für Unternehmensgründer eine entscheidende Rolle. Würde das Engagement der privaten Investoren steuerlich stärker unterstützt, könnte noch mehr Geld in junge Unternehmen fließen. Seite 8

EU-Haushalt

Die Förderquellen sprudeln

Die EU-Kommission erwägt, unsolid wirtschaftenden Mitgliedsstaaten einen Teil der Fördermittel zu streichen. Für Griechenland, Irland, Portugal und Spanien könnte dies im Ernstfall erhebliche finanzielle Einbußen bedeuten. Denn diese vier Länder haben allein aus den beiden größten EU-Töpfen zwischen 1999 und 2008 insgesamt gut 250 Milliarden Euro erhalten.

Als die Wirtschafts- und Finanzkrise nach Griechenland weitere Mitgliedsstaaten erschütterte, eilte ihnen die Europäische Union mit einem 750 Milliarden Euro schweren Kreditpaket zu Hilfe. Künftig aber will die EU-Kommission schmerzhaft Sanktionen gegen Schuldensünder verhängen. Währungskommissar Olli Rehn etwa schlägt vor, den Defizitländern notfalls Zahlungen aus den Brüsseler Töpfen für die Agrar- sowie die Regionalpolitik zu streichen. Damit würde die EU-Kommission bei den größten Fördermittelposten ansetzen (Kasten). Ungeachtet dessen, wie viel die heutigen Krisenstaaten selbst zum EU-Haushalt beisteuern, geht es für sie um beachtliche Summen. Beispiel Agrarpolitik (Grafik):

Von 1999 bis 2008 hat die EU die spanische Landwirtschaft mit insgesamt 62,9 Milliarden Euro unterstützt; Griechenland erhielt 28,9 Milliarden Euro.

Je Einwohner gerechnet, kassierte jedoch Irland mit 4.355 Euro die meisten Agrarmittel – fast fünfmal so viel wie Portugal.

Noch mehr Geld aus den Fördertöpfen haben die vier Sorgenkinder im Rahmen der sogenannten Kohäsionspolitik bekommen. Die dafür bereitgestellten Mittel sollen den Empfängerstaaten helfen, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu den wohlhabenderen Mitgliedsstaaten aufzuschließen.

Die EU-Fördertöpfe

Die größten Posten im EU-Haushalt sind die Ausgaben für die Agrarpolitik sowie für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – die sogenannte Kohäsion. Um Letztere zu stärken, hat die EU den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsi-

onsfonds geschaffen. Im Jahr 2008 gab die EU für die Förderung der Landwirtschaft 54,8 Milliarden Euro und für die Kohäsion der Staatengemeinschaft 35,6 Milliarden Euro aus – zusammen entfielen auf diese Bereiche gut drei Viertel aller EU-Ausgaben von 116,5 Milliarden Euro.

Im Zuge der Kohäsionsförderung stellte die EU allein Spanien zwischen 1999 und 2008 insgesamt 70,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Berücksichtigt man die Bevölkerungszahlen, standen jedoch Griechenland und Portugal auf der Förderliste

ganz oben – dorthin flossen jeweils etwa 2.700 Euro je Einwohner.

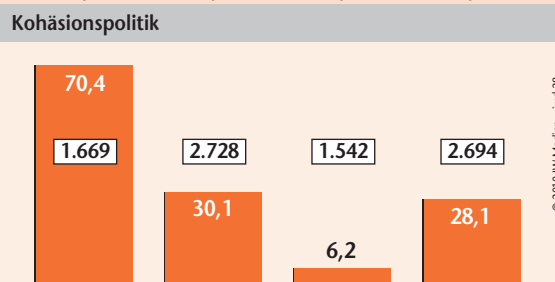
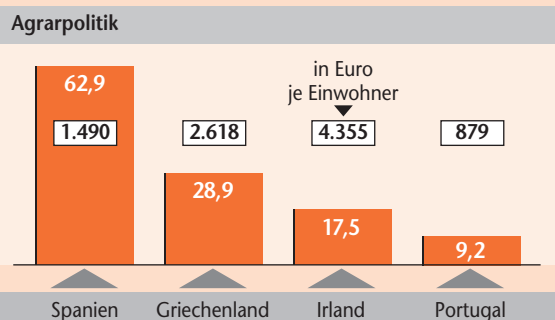
Mit ihrer Kohäsionspolitik unterstützt die EU verschiedenste Projekte. In Griechenland half sie z.B., 7.000 Unternehmensgründungen zu finanzieren und 80.000 Firmen ans Internet anzuschließen. In Portugal förderte die EU unter anderem den Ausbau der Verkehrswege – dadurch erhöhte sich die Dichte des Autobahnnetzes von 1995 bis 2004 um 200 Prozent. Spanien konnte dank EU-Hilfen sein Hochgeschwindigkeits-Bahnnetz von 2000 bis 2006 um 850 Kilometer ausbauen. Zwischen 1995 und 2005 wurden zudem 57 Wasseraufbereitungsanlagen gebaut oder erweitert – statt 41 Prozent kamen danach 77 Prozent der Stadtbevölkerung in den Genuss sauberen Leitungswassers.

Trotz dieser Erfolge ist die EU dafür zu kritisieren, bei der Förderung häufig übers Ziel hinauszuschießen. So hat Irland auch nach dem Jahr 2000 EU-Strukturmittel erhalten, obwohl seine Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung bereits um 13 Prozent über dem Schnitt der damals 15 Mitgliedsstaaten lag.

Noch widersinniger ist der Fortbestand des Kohäsionsfonds. Er wurde 1994 eingerichtet, um Griechenland, Irland, Portugal und Spanien die Vorbereitung auf die Währungsunion zu erleichtern. Doch auch nachdem der Euro dort eingeführt war, sprudelte die Förderquelle weiter – von 2000 bis 2008 flossen weitere fast 19 Milliarden Euro an die vier Länder.

EU-Haushalt: Milliarden für die Sorgenkinder

So viele Milliarden Euro erhielten diese Länder von 1999 bis 2008 aus dem EU-Haushalt im Rahmen der ...



Land	So viele Milliarden Euro haben diese Staaten im Jahr 2008 mehr aus dem EU-Haushalt bekommen, als sie eingezahlt haben	in Prozent der Wirtschaftsleistung
Griechenland	6,28	2,68
Spanien	2,81	0,26
Portugal	2,70	1,69
Irland	0,57	0,36

Wirtschaftsleistung: Bruttonationaleinkommen
Quelle: Europäische Kommission

Zahlungen: Bruttobetrag ohne Berücksichtigung der Beiträge der Mitgliedsstaaten zum EU-Haushalt; Kohäsionspolitik: Maßnahmen, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU stärken sollen
Ursprungsdaten: Europäische Kommission

Preise & Kosten: Von Energie geprägt

Im ersten Halbjahr 2010 sind die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um 0,9 Prozent gestiegen. Die Teuerung ist dabei zu einem großen Teil auf die wieder stärker steigenden Heizöl- und Kraftstoffpreise zurückzuführen. Diese lagen in der ersten Jahreshälfte um 16 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Kein Grund zur Besorgnis – so lassen sich die jüngsten Inflationsdaten bewerten. Im Juni 2010 lagen die Verbraucherpreise lediglich um 0,9 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats. Auf diesem niedrigen Niveau bewegte sich die Teuerung im gesamten ersten Halbjahr. Dahinter steckt vor allem, dass trotz des allmählichen Aufschwungs viele Unternehmen noch immer mit nicht ausgelasteten Kapazitäten produzieren und daher bei steigendem Absatz keinen Anlass zu Preiserhöhungen haben.

Wie ruhig das Preisklima hierzulande ist, wird noch deutlicher, wenn man die Preise für die vorwiegend importierten Kraftstoffe und andere Ölprodukte aus dem Gesamtindex herausrechnet. Denn dann hätte die Inflationsrate im ersten Halbjahr 2010 nur 0,3 Prozent betragen. Zwei Drittel des bisherigen Preisanstiegs 2010 sind also Heizöl, Benzin und Diesel zuzuschreiben, die sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum im Schnitt um nahezu 16 Prozent verteuerten.

Dass die Treib- und Brennstoffe der Preisentwicklung ihren Stempel aufdrücken, ist im Übrigen nichts Neues. So hatten die gesamten Verbraucherpreise zwischen September 2007 und Oktober 2008 um 3 Prozent zugelegt – ohne die damals stark gestiegenen Heizöl- und Kraftstoffkosten lag die Inflationsrate aber nur bei 2,3 Prozent. Von November 2008 bis Oktober 2009 dagegen ging die „Reise“ in die umgekehrte Richtung. In dieser Phase ließ die weltweite Wirtschaftskrise die Ölpreise kräftig sinken – dies verringerte die Teuerung in Deutschland im Schnitt um gut 1 Prozentpunkt.

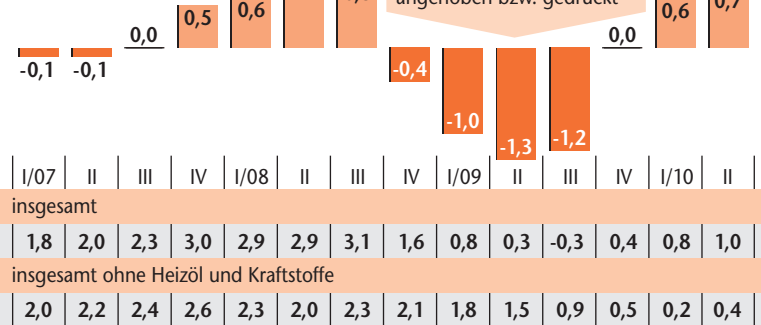


Die Konjunktur

Verbraucherpreise: Öl bremst, Öl treibt

Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresquartal in Prozent

Um so viel Prozentpunkte haben Heizöl und Kraftstoffe den Verbraucherpreisindex angehoben bzw. gedrückt

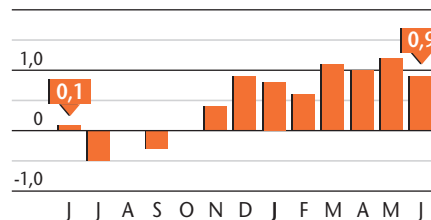


Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verbraucherpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
Juni 2009 – Juni 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
Verkehr		2,3	0,4
Nahrungsmittel		2,6	

Juni 2010 Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent

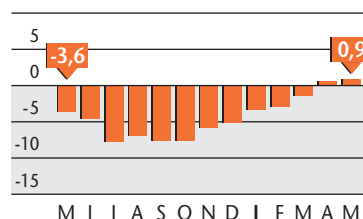
Verkehr	2,8
Nahrungsmittel	1,2
Bekleidung, Schuhe	1,2
Hotel, Gastronomie	1,1
Mieten, Energie	0,9
Alkohol, Tabak	0,4
Gesundheitspflege	0,3
Haushaltsgegenstände	0,2
Freizeit	0,0
Bildung	-1,4
Nachrichtenübermittlung	-2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Erzeugerpreise

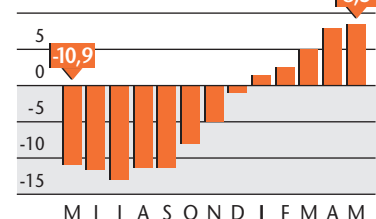
Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
Mai 2009 – Mai 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
Erzeugerpreise	1,3	5,5	-4,2

Importpreise

Monatswerte – Änderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent
Mai 2009 – Mai 2010



Jahreswerte – Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2007	2008	2009
Importpreise	0,7	4,6	-8,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Europäische Währungsunion

Die Vorteile überwiegen

Die Europäische Währungsunion steckt in der Krise. Nachdem Griechenland beinahe pleitegegangen wäre und manche Beobachter zu dem Schluss gekommen waren, dass das Land seine Schulden nicht vollständig zurückzahlen kann, wurde von einigen Ökonomen bereits das Ende der Gemeinschaftswährung prophezeit. Dabei bringt der Euro unterm Strich mehr Vor- als Nachteile mit sich. Doch um ein zweites Griechenland-Debakel zu vermeiden, muss das Regelwerk der Eurozone künftig strenger gefasst werden.

Ist der Euro noch zu retten? Diese Frage bewegt seit dem Beinahe-Bankrott Griechenlands ganz Europa. Die schärfsten Kritiker der Gemeinschaftswährung plädieren gar für eine Rückabwicklung der Währungsunion, andere sehen den Euro zumindest Gefahr laufen, eine schwache Währung zu werden. Die öffentliche Debatte konzentriert sich derzeit also fast ausschließlich auf die Probleme der Europäischen Währungsunion (EWU) – die vielen Vorteile des Euro geraten dabei nur allzu leicht aus dem Blickfeld:

- **Preisstabilität.** Die Preise für Waren und Dienstleistungen sind in fast allen Euroländern, die früher zum Teil mit Inflationsraten von 20 Prozent zu kämpfen hatten, seit der Einführung der Gemeinschaftswährung im Jahr 1999 nur noch moderat gestiegen (Grafik):

In Deutschland erhöhten sich die Verbraucherpreise in den 1970er Jahren im Durchschnitt um jährlich mehr als 5 Prozent und in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten immerhin um 2,6 Prozent per annum. Im Zeitraum

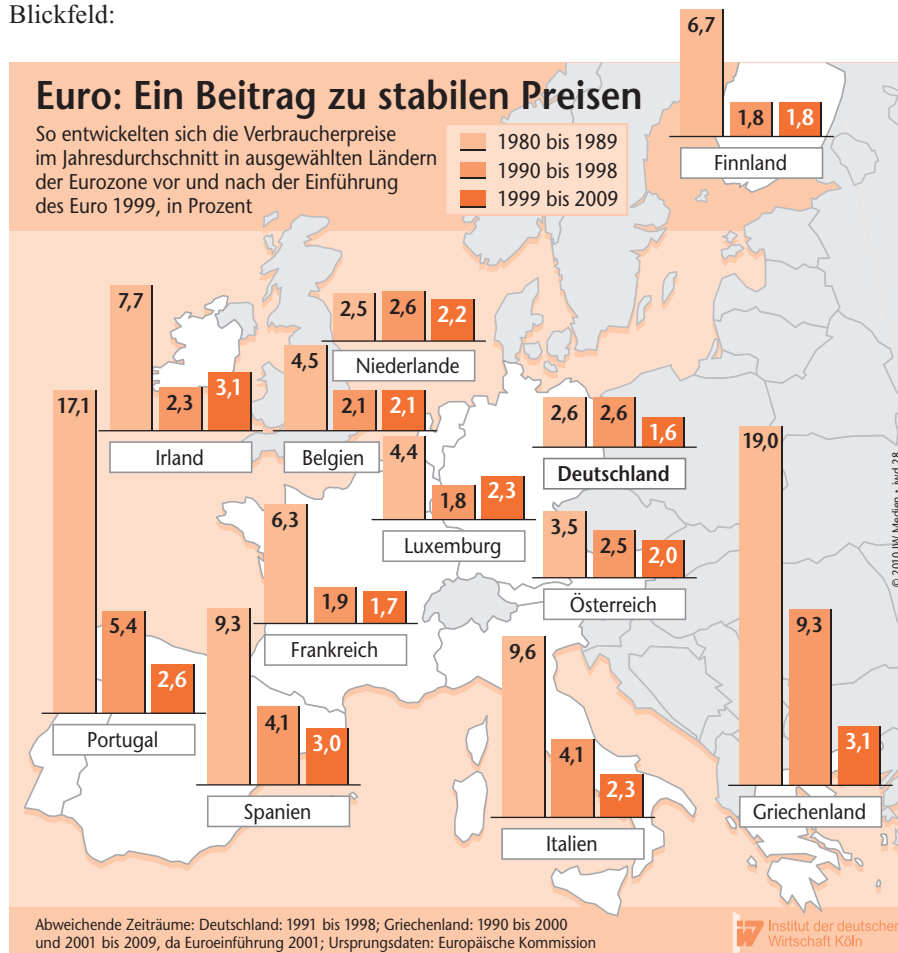
von 1999 bis 2009 aber lag die Inflationsrate nur noch bei 1,6 Prozent im Jahresmittel.

Diese stabilisierende Wirkung hatte und hat der Euro auch in den anderen Ländern der Währungsunion – lediglich in Luxemburg und Irland kam es nach der Einführung der Gemeinschaftswährung zu einem leichten Preisauftrieb. Der durchschnittliche jährliche Anstieg der Verbraucherpreise in allen Ländern der Eurozone betrug zwischen 1999 und 2009 nur 2,1 Prozent.

- **Stabilerer Wechselkurs.** Zu Beginn der Währungsunion kostete 1 Euro 1,1789 Dollar. Nach einem anfänglichen Wertverlust bewies der Euro seit Anfang 2002 zunehmend Stärke und sein Außenwert stieg mehr oder weniger kontinuierlich an – bis auf einen Höchststand von 1,60 Dollar im Frühjahr 2008. Auch die jüngste Abwertung des Euro auf zeitweise unter 1,25 Dollar hat die Gemeinschaftswährung nicht unter ihren Einstandswert gedrückt.

- **Wachstumseffekte.** Seitdem die D-Mark, die italienische Lira und die spanische Peseta passé sind, können sich Urlauber und grenzüberschreitend tätige Unternehmen in den Euroländern die Kosten für einen Währungsauch sowie die Absicherung von Wechselkursrisiken sparen. Vor allem deshalb hat die Währungsunion zu einer um schätzungsweise 2 Prozent höheren Wirtschaftsleistung in Deutschland und auch in einigen anderen Ländern der Eurozone geführt.

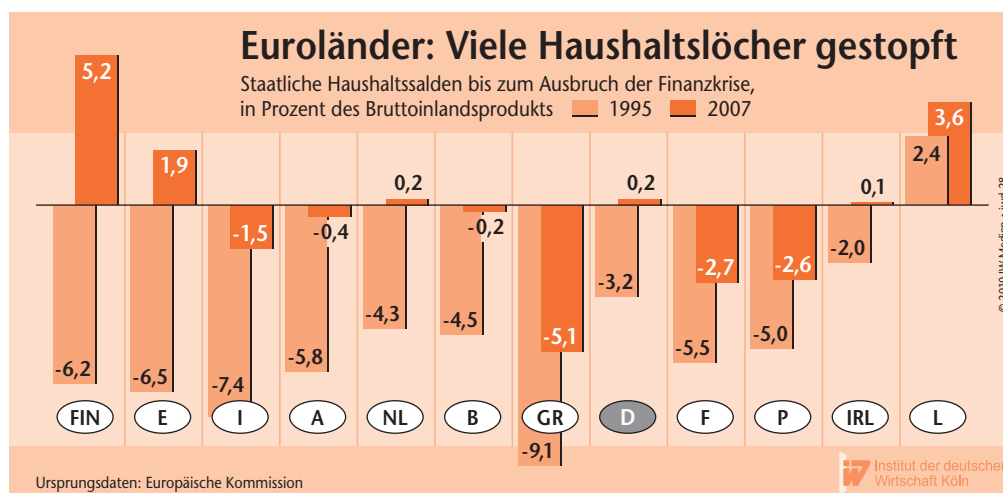
Unbestritten sind auch die Wachstumseffekte der EWU im Außenhandel. Die Gemeinschaftswährung hat wesentlich dazu beigetragen, dass viele Firmen, die vorher keine Güter in andere Länder der Eurozone ausführten, aufgrund der größeren Preistransparenz, der geringeren Transaktionskosten und des weggefallenen Wechselkursrisikos zu Exporteuren wurden. Über die exakte Höhe dieses Effekts streiten sich die Experten zwar, doch für den Handel im Euroraum gilt ein Plus von etwa 5 Prozent aufgrund der EuroEinführung als wahrscheinlich.



Vor allem der Wegfall der Wechselkursschwankungen macht Exporteuren das Leben leichter. Vor der Euro-Einführung hatte die deutsche Wirtschaft damit zu kämpfen, dass die D-Mark häufig stark aufgewertet wurde, die Währungen der südeuropäischen Länder dagegen aufgrund höherer Inflationsraten immer wieder abwerteten. Damit wurden heimische Wettbewerbsvorteile oftmals nicht nur über Nacht zunichte gemacht, sondern verkehrten sich teils sogar ins Gegenteil.

Solche Währungsrisiken gibt es innerhalb der Eurozone nicht mehr. Davon profitieren vor allem exportorientierte Länder wie die Bundesrepublik: Sie verkaufte 2009 gut 43 Prozent ihrer Ausfuhren in die Eurozone.

- **Schutzfunktion.** Ohne den Euro wären vor allem die Währungen der südeuropäischen Länder durch die Wirtschafts- und Finanzkrise massiv unter Druck geraten, eventuell wäre es gar zu handfesten Währungskrisen gekommen – und das hätte auch die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen: Massive Abwertungen in den südeuropäischen Staaten sowie eine Aufwertung der D-Mark, die noch dadurch befördert worden wäre,



dass viel zusätzliches Kapital in die als sicher geltenden deutschen Staatsanleihen geflossen wäre, hätten den durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Export- und Wachstumseinbruch hierzulande deutlich verstärkt.

All dies sind unbestreitbare Vorteile, die der Euro mit sich bringt – trotzdem ist die Europäische Währungsunion noch lange nicht perfekt. So gibt es eine ganze Reihe von Schwachpunkten, die ausgemerzt werden müssen:

- **Fiskalpolitische Versäumnisse.** Länder, die Mitglied in der Währungsunion werden wollen, müssen Inflation und Zinsen niedrig und ihren Wechselkurs stabil halten sowie bestimmte Vorgaben bezüglich des staatlichen Budgetdefizits

und des Schuldenstands erfüllen. Nach dem Beitritt fällt der Anreiz, sich stabilitätskonform zu verhalten, allerdings weg. Zwar geben der EU-Vertrag und der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 vor, dass das Haushaltsdefizit der Euroländer nicht über 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen darf und die Staatsschulden maximal 60 Prozent des BIP betragen dürfen (Kasten). Doch diese Kriterien erfüllen längst nicht alle Länder (Grafik):

Zwischen 1995 und 2007 konnten zwar alle damaligen Euroländer ihre staatlichen Haushaltsdefizite senken, dennoch lagen die Fehlbeträge in einigen Staaten zwischenzeitlich über der 3-Prozent-Marke.

Ursprünglich sah der Pakt vor, dass permanente Defizitsünder eine Geldbuße leisten müssen; doch diese Regel kam nie zur Anwendung und der Pakt wurde überdies geschwächt, als auf Druck Deutschlands und Frankreichs im Jahr 2003 das Verfahren gegen beide Länder ausgesetzt wurde. Weitere Lockerungen und Ausnahmeregelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts folgten 2005.

Um das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu stärken, wäre es wichtig, bereits vorbeugend dafür zu sorgen, dass kein Land in eine Schieflage gerät. Dazu kann die geplante frühzeitige Begutachtung der nationalen Haushaltspläne durch Brüssel ebenso beitragen wie rechtzeitig greifende und tatsächlich verhängte Sanktionen. Sinnvoll wäre es außerdem, andere Größen wie die Leistungsbilanz stärker in den Fokus zu nehmen, um etwa drohende Handelsungleichgewichte rechtzeitig zu erkennen.

Die Europäische Währungsunion

In den Hinterköpfen der Gründerväter der Europäischen Union schlummerte von Anfang an die Idee, Europa eine einheitliche Währung zu geben. Erste konkrete Schritte in diese Richtung wurden in den 1970er Jahren gemacht, als einige europäische Staaten ihre Währungen enger aneinanderbanden. Außerdem war es erforderlich, dass sich die unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken der potenziellen Mitgliedsländer einander annäherten. Dafür wurden 1991 die sogenannten Maastricht-Kriterien entwickelt, die u. a. einen hohen Grad an Preisstabilität, eine auf Dauer tragbare Finanzlage der Staatshaushalte, einen stabilen Wechselkurs und ähnliche Zinssätze für langfristige Kredite vorsehen. Nur Länder, die diese Kriterien erfüllen, dürfen dem Euroraum beitreten. Elf Länder wurden im Jahr 1998 des Euro für würdig befunden – obwohl sie den strengen Maastrichter Regeln nicht in allen Punkten entsprachen: So wurde mit Blick auf die Schuldenstände einzelner Länder schon mal

ein Auge zugeedrückt. Anfang 1999 begannen diese Staaten, den Euro im bargeldlosen Zahlungsverkehr einzusetzen; gleichzeitig gaben sie ihre geldpolitische Unabhängigkeit zugunsten der Europäischen Zentralbank auf. Im Jahr 2001 stieß dann Griechenland zur Eurozone hinzu – allerdings mithilfe gefälschter Statistiken, wie man heute weiß. Ein Jahr später wurde dann auch das einheitliche Bargeld in den Mitgliedsstaaten der Eurozone eingeführt. Heute gehören zu den Teilnehmern der Europäischen Währungsunion neben den Erstländern Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien die ab 2007 aufgenommenen Staaten Malta, die Slowakei, Slowenien und Zypern, sodass mit Griechenland insgesamt 16 Länder zur Eurozone zählen. Zum 1. Januar 2011 kommt außerdem Estland hinzu. Nur zehn der 27 EU-Länder werden dann ihren Zahlungsverkehr noch in der eigenen Landeswährung abwickeln.

Innovationsgutscheine

Stichwort

Anfang Mai 2010 ist go-Inno, das Beratungsprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums zur Förderung von Innovationen in mittelständischen Unternehmen, gestartet worden. Firmen mit bis zu 50 Beschäftigten oder einem Umsatz von bis zu 10 Millionen Euro erhalten vom Ministerium Gutscheine, mit denen sie Beratungsleistungen von zertifizierten Dienstleistern einkaufen können.

Der Gutschein deckt die Hälfte der Kosten ab; die andere Hälfte trägt der Mittelständler selbst. Dadurch ist sichergestellt, dass tatsächlich ein Beratungsbedarf besteht. Die Fördersumme beträgt maximal 12.000 Euro pro Beratung. Das Volumen des gesamten Programms ist zunächst auf 5 Millionen Euro begrenzt.

Genutzt werden kann der Gutschein für verschiedene Zwecke:

- **Informationsbeschaffung über die Marktfähigkeit einer Erfindung.** Firmen können eine Studie in Auftrag geben, die klärt, ob sich für die Innovation überhaupt Käufer finden und ob das Vorhaben machbar ist.

- **Kooperationspartner finden.** Mit einem Partner ist es leichter, eine Förderung über das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundes zu erhalten, um eine Idee zum marktreifen Produkt zu entwickeln. Mit dem Gutschein kann ein Dienstleister beauftragt werden, einen Mitstreiter für die Realisierung zu suchen.

- **Betriebswirtschaftliche Beratung.** Weil Gründer sich oft auf die technische Entwicklung konzentrieren, kommen betriebswirtschaftliche Aspekte nicht selten zu kurz. Vielen kleinen Hightech-Unternehmen mangelt es an einem Geschäftsplan sowie an einem Controlling oder Marketingkonzept. So manche vielversprechende Innovation bleibt dadurch auf der Strecke. Mit dem Gutschein lässt sich eine betriebswirtschaftliche Beratung einkaufen.

- **Vernetzung zwischen mittelständischen Unternehmen und Forschern an Instituten und Universitäten.** Mit Beratungsgutscheinen lassen sich Dienstleister bezahlen, die nach einem Partner an einer Forschungseinrichtung suchen.

Um auch bei den Forschungseinrichtungen anzusetzen, plant die Bundesregierung ein eigenes Förderprogramm. Damit sollen Machbarkeitsstudien und Gutachten zur Vermarktung der Forscherideen kofinanziert werden.

Weitere Informationen:
www.inno-beratung.de

Energetische Sanierung Meist fürs eigene Heim

Wer hierzulande sein Haus ökologisch aufrüstet, ist durchschnittlich knapp 55 Jahre alt, verfügt über einen Hochschulabschluss, hat fast 46.000 Euro in die Sanierung investiert und würde sich über eine steuerliche Modernisierungsförderung freuen. Dies zeigt eine gemeinsame Studie vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der KfW zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestands.*)

Ob dickere Fensterscheiben oder zusätzlich gedämmte Außenwände – energetische Sanierungen nützen nicht nur den Hausbewohnern, sondern tragen auch zum Klimaschutz bei. Schließlich produziert die Bewirtschaftung von Immobilien rund ein Drittel aller Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland. Vor dem Hintergrund, dass Neubauten im Vergleich zu Altbauten zwei Drittel weniger Energie benötigen, wird schnell deutlich, wie wichtig umfangreiche Sanierungen sind.

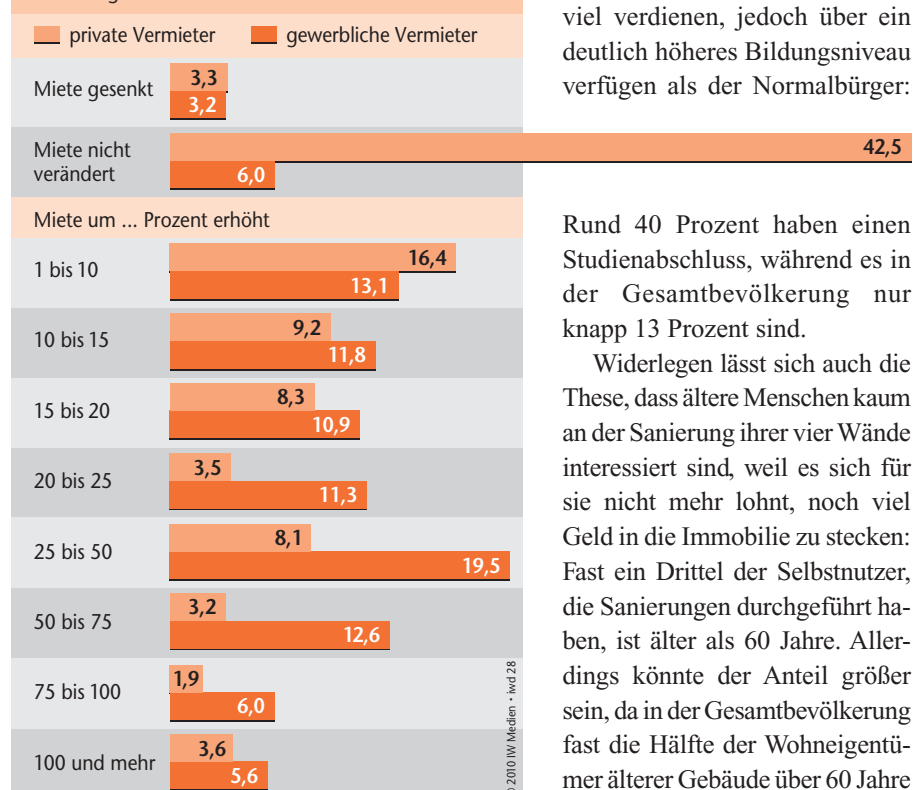
Um herauszufinden, wer seine Gebäude saniert und warum, haben das IW Köln und die KfW über 5.500 Haushalte – sowohl Selbstnutzer als auch private Kleinvermieter – und mehr als 250 Unternehmen befragt. Alle Teilnehmer haben zwischen 2006 und 2009 Fördermittel für energetische Sanierungen in Anspruch genommen. Meist investierten die Befragten in die eigenen vier Wände:

Nahezu 62 Prozent der von Privatpersonen sanierten Wohnungen in Deutschland werden von den Eigentümern selbst bewohnt.

Auffällig ist, dass die Selbstnutzer zwar keineswegs – wie oft vermutet – überdurchschnittlich viel verdienen, jedoch über ein deutlich höheres Bildungsniveau verfügen als der Normalbürger:

Immobilienanierung: Mieten steigen nicht immer

So haben ... die Mieten nach einer energetischen Sanierung ihrer Immobilie verändert



Befragung von 5.500 Haushalten und 250 Unternehmen, die zwischen 2006 und 2009 Fördermittel für eine energetische Sanierung in Anspruch genommen haben; Quelle: IW-/KfW-Befragung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Rund 40 Prozent haben einen Studienabschluss, während es in der Gesamtbevölkerung nur knapp 13 Prozent sind.

Widerlegen lässt sich auch die These, dass ältere Menschen kaum an der Sanierung ihrer vier Wände interessiert sind, weil es sich für sie nicht mehr lohnt, noch viel Geld in die Immobilie zu stecken: Fast ein Drittel der Selbstnutzer, die Sanierungen durchgeführt haben, ist älter als 60 Jahre. Allerdings könnte der Anteil größer sein, da in der Gesamtbevölkerung fast die Hälfte der Wohneigentümer älterer Gebäude über 60 Jahre alt ist.

Von den gewerblichen Vermietern, die ihre Immobilien energie-

tisch auf den neuesten Stand gebracht haben, fällt vor allem eine Gruppe auf: Mehr als die Hälfte von ihnen – 54 Prozent – sind Genossenschaften.

Die meisten frisch sanierten Objekte befinden sich in Bayern und Baden-Württemberg, die wenigsten in Ostdeutschland. Zurückzuführen ist dies primär auf die bereits erheblichen Umbaumaßnahmen nach der Wiedervereinigung. Süddeutschland ist dagegen vor allem aufgrund der durchschnittlich höheren Mieten überrepräsentiert – hier lohnt es sich für Investoren besonders, Immobilien auf den neuesten Stand zu bringen.

Besser isolierende Außenwände und ausgebaute Dachstühle gibt es jedoch nicht kostenlos. Selbstnutzer gaben für energetische Sanierungen durchschnittlich fast 46.000 Euro aus, was einem Durchschnitt von 288 Euro pro Quadratmeter entspricht. Deutlich mehr berappten Vermieter: Kleinvermieter investierten 352 Euro, Unternehmen sogar über 600 Euro pro Quadratmeter.

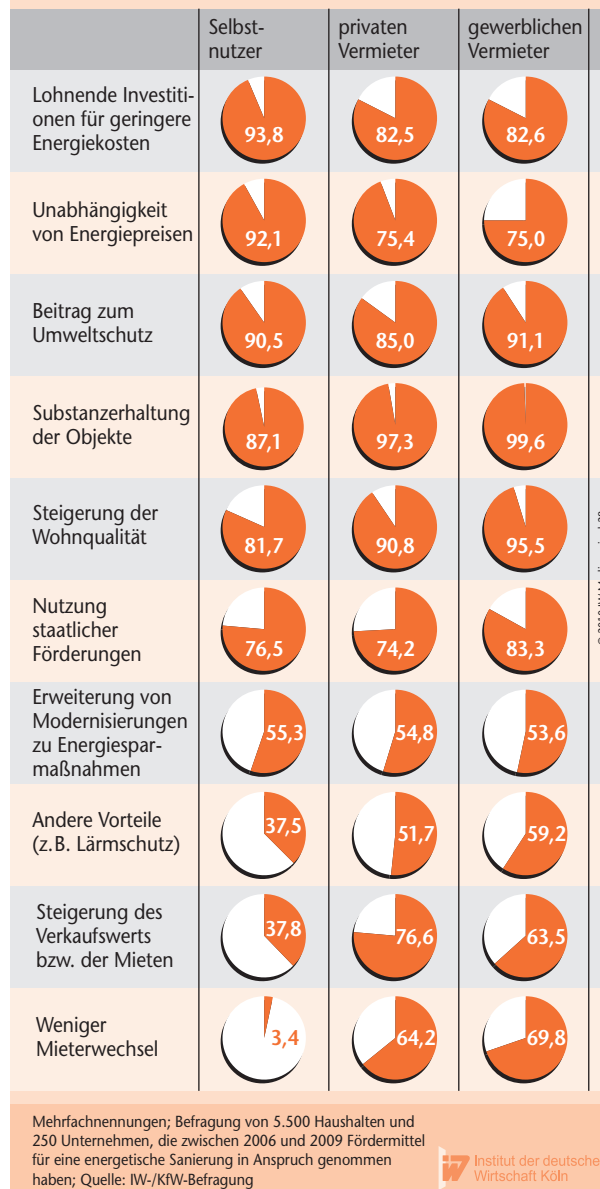
Ausschlaggebend für diese Unterschiede ist, dass Vermieter und vor allem Unternehmen viele Maßnahmen bündeln, um so Kosten einzusparen. Selbstnutzer beschränken sich dagegen auf Einzelmaßnahmen. Zudem sind Sanierungen relativ gesehen umso günstiger, je größer das Objekt ist:

Die Sanierungskosten für Einfamilienhäuser mit weniger als 140 Quadratmetern Wohnfläche liegen bei durchschnittlich 304 Euro pro Quadratmeter, für größere Häuser mit mehr als 180 Quadratmetern bei 273 Euro.

Während für Eigentümer besonders die Investitionskosten zählen, beschäftigt Mieter vor allem die Frage, wie viel sie nach der Sanierung vielleicht mehr zahlen müssen. Laut geltendem Recht dürfen Vermieter 11 Prozent der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umlegen. Realisiert werden letztendlich mehrere Extreme, wie die IW-KfW-Untersuchung zeigt (Grafik Seite 6):

Immobilienanierung: Energie sparen wichtigster Faktor

Auf die Frage nach der Motivation für eine ökologisch sinnvolle Sanierung ihrer Immobilie stimmten so viel Prozent der ... diesen Antworten zu



Einerseits haben etwa 9 Prozent der Unternehmen sowie 46 Prozent der privaten Vermieter die Miete trotz Sanierungen nicht geändert oder sogar gesenkt; andererseits haben 6 Prozent der privaten und sogar 12 Prozent der gewerblichen Vermieter die Miete um mehr als 75 Prozent erhöht.

Zum Teil lassen sich diese Unterschiede auf die höheren Sanierungskosten der Unternehmen zurückführen. Allerdings hat ein Fünftel der privaten Vermieter, die mit durchschnittlich mehr als 450 Euro pro Quadratmeter auch sehr viel in eine energetische Sanierung inves-

tiert haben, die Miete nicht angehoben.

Es scheint daher so zu sein, dass ein Teil der Eigentümer Mieterhöhungen schlichtweg nicht durchsetzen kann. Vor allem in ländlichen Regionen, in denen tendenziell mehr Wohnraum angeboten als gebraucht wird, halten sich Vermieter zurück:

Mehr als die Hälfte der privaten Vermieter von frisch sanierten Wohnungen in ländlichen Gebieten hat auf jegliche Mieterhöhung verzichtet.

Ein weiterer Grund für ihre Zurückhaltung sind rechtliche Hemmnisse. Rund 41 Prozent der befragten Vermieter fordern daher mehr Möglichkeiten zur Umlage der Kosten auf die Mieter. Ganz oben auf der Wunschliste steht allerdings sowohl für private als auch für gewerbliche Vermieter eine höhere steuerliche Berücksichtigung der Sanierungsausgaben. Lediglich die kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen bevorzugen aufgrund ihrer eingeschränkten Gewinnerzielungsabsichten eher allgemeine Förderungen. Knapp 45 Prozent der privaten Haushalte wünschen sich darüber hinaus bessere Informationen über technische Möglichkeiten der energetischen Modernisierung.

Die Gründe, warum überhaupt Hand ans Gebäude gelegt wurde, sind vielfältig. Vor allem hohe Heizungs- und Stromrechnungen

geben den Ausschlag dafür, ebenso der Beitrag zum Umweltschutz (Grafik). Für die Vermieter ist zudem die Substanzerhaltung der Gebäude sehr wichtig.

Potenzielle Mieterhöhungen sowie die Aussicht auf weniger Mieterwechsel spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Dies gilt auch für staatliche Förderungen: Die werden von den Sanierern zwar generell gewünscht, als Motivation für eine ökologische Sanierung taugen sie aber nur ansatzweise.

*) KfW/IW Köln: Wohngebäudesanierer-Befragung 2010, Frankfurt am Main 2010, ab 16. Juli abrufbar unter: www.immobilienekonomik.de

Beteiligungskapital

Engel helfen Firmengründern

Sogenannte Business Angels spielen für Unternehmensgründer in Deutschland eine entscheidende Rolle. Würde das Engagement der privaten Investoren steuerlich stärker gefördert, könnte noch mehr Geld in junge Unternehmen fließen.

Eine gute Idee und ein durchdachter Geschäftsplan reichen heute nicht mehr aus, um Geldgeber für ein Unternehmen zu finden. Denn vor allem in jungen Branchen existiert trotz großer Wachstumschancen ein sehr hohes Risiko – weshalb die Finanzierung oft über Beteiligungskapital (Venture Capital) erfolgen muss. Im Unterschied zu Bankkrediten werden diese Geldgeber am Erfolg des Unternehmens beteiligt und verkaufen ihre Firmenanteile zu einem späteren Zeitpunkt wieder.

Voraussetzung dafür, dass Venture-Capital-Gesellschaften Geld auf den Tisch legen, ist in den meisten Fällen allerdings, dass ein Unternehmen bereits gegründet ist – folglich sind Business Angels oft die einzige Möglichkeit für Firmengründer. Diese „Engel“ sind vermögende Privatpersonen, die Kapital und Know-how zur Verfügung stellen und dafür Anteile am Unternehmen erhalten. Sie unterstützen die Gründer also nicht nur finanziell, sondern auch mit Fachwissen – das Risiko zu scheitern kann so reduziert werden, schließlich sind die

Jungunternehmer häufig unerfahren.

Im ersten Quartal 2010 investierte ein Business Angel durchschnittlich 12.900 Euro in jedes Unternehmen, das er unterstützte.

Die jüngste vierteljährliche Befragung deutscher Privatinvestoren durch das Netzwerk der Business Angels in Deutschland zeigt allerdings, dass private Investoren wegen der Finanzmarktkrise im vergangenen Jahr insgesamt weniger investiert haben als früher (Grafik).

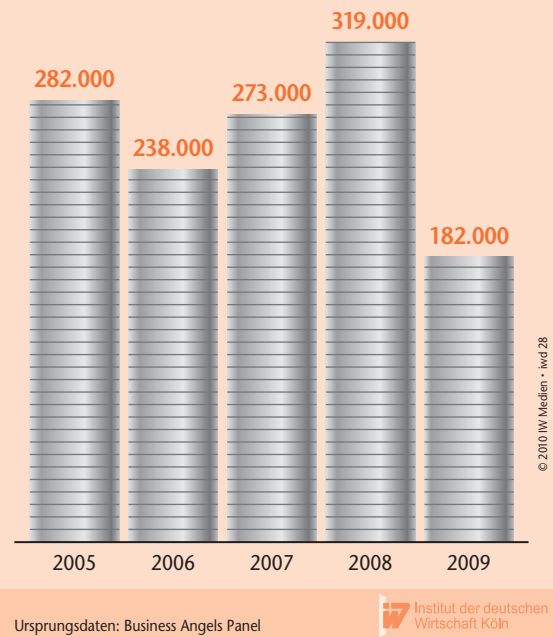
Ohnehin beteiligen sich Business Angels in Deutschland relativ selten an Firmen. Von den 2005/2006 gegründeten Hightech-Unternehmen – Firmen dieser Kategorie werden von den Privatinvestoren generell noch am häufigsten gefördert – erhielt nur etwa jedes 20. Finanzmittel. Dennoch sind die Gelder der Engel für den Hightech-Sektor wesentlich wichtiger als die Finanzmittel der Venture-Capital-Gesellschaften: Business Angels unterstützen etwa 80 Prozent der jungen Hightech-Unternehmen, die Geld von Dritten erhalten. Nur ungefähr 10 Prozent dieser Firmen erhalten finanzielle Unterstützung durch Venture-Capital-Gesellschaften.

Generell haben es Gründer in Deutschland noch immer deutlich schwerer, an das nötige Kapital zu kommen, als in anderen Ländern.

Im Jahr 2009 bewerteten fast zwei Drittel der für den Global Entrepreneurship Monitor befragten Experten die Finanzierungsbedingungen für Gründungen in Deutschland als besonders schlecht.

Unternehmensbeteiligungen: Viel privates Kapital

So viele Euro haben die befragten privaten Investoren – sogenannte Business-Angels – durchschnittlich für aufstrebende Unternehmen zur Verfügung gestellt



Das Netzwerk der Business Angels schätzt, dass der informelle deutsche Beteiligungskapitalmarkt 2009 ein Volumen von rund 250 Millionen Euro hatte – in den USA waren es im selben Jahr umgerechnet rund 12,1 Milliarden Euro.

Zwar werden Unternehmensbeteiligungen von Business Angels in Deutschland steuerlich gefördert. Im Vergleich zu anderen Ländern sind die Anreize jedoch gering. Würde hier nachgebessert, dürften sich private Geldgeber noch stärker engagieren. Den potenziellen Investoren geht es momentan nämlich ziemlich gut: Im ersten Quartal 2010 bewerteten die für das Business Angels Panel befragten Personen ihre Geschäftsaussichten mit 5,5 von 7 Punkten. Bedarf an mehr Kapital aus privater Hand ist ebenfalls vorhanden: Jeder Engel erhielt im ersten Vierteljahr 2010 im Schnitt 18 Businesspläne mit der Bitte um Förderung – vier mehr als im letzten Quartal 2009.

Für Adressaufkleber